für die Ortsgemeinde Winden

AZ:

27 DS 16/ 0151

Sachbearbeiter: Herr Brzank

VORLAGE

Gremium	Status	Datum
Ortsgemeinderat Winden	öffentlich	27.06.2023

Anpassung der Steuerhebesätze für die Grundsteuer A und B, der Gewerbesteuer und der Hundesteuer**Sachverhalt:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt fanden bereits Beratungen in der Sitzung des Gemeinderates am 21.11.2022 statt. (Vorlage 27 DS 16/ 0127). Es wurde über die Erhöhung der Hebesätze zum 01.01.2023 einstimmig folgender Beschluss gefasst:

- a) Grundsteuer A von 320 v.H. auf 345 v.H.
- b) Grundsteuer B von 385 v.H. auf 410 v.H.
- c) Gewerbesteuer und Hundesteuer wurden nicht erhöht.

Wie bereits aus der vorgenannten Vorlage bekannt ist, wurde das „Landesgesetz zur Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den kommunalen Gebietskörperschaften“ (Landesfinanzausgleichsgesetz - LFAG -) neu geregelt und die sog. Nivellierungssätze wie folgt angehoben:

- bei der Grundsteuer A von 300 v.H. auf 345 v.H.,
- bei der Grundsteuer B von 365 v.H. auf 465 v.H. und
- bei der Gewerbesteuer von 365 v. H. auf 380 v.H.

Mit der Erhöhung der Steuerhebesätze liegt die Ortsgemeinde Winden bei der Grundsteuer B weiterhin unter dem Nivellierungssatz, sodass sich durch die Umlagebelastungen nach den vorliegenden Berechnungsgrundlagen Mindereinnahmen von derzeit ca. 8 TEUR ergeben.

Bezugnehmend auf den in § 93 Abs. 4 GemO gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleich und die Ausführungen der Kommunalaufsicht zum beanstandeten Haushalt sind Mindereinnahmen durch andere geeignete Konsolidierungsmaßnahmen zu kompensieren, insofern der vorgeschriebene Haushaltsausgleich nicht erfüllt werden kann.

Weiterhin ist zu erwähnen, dass nach den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften die Haushaltswirtschaft grds. so zu führen ist, dass die stetige Aufgabenerfüllung gesichert ist.

Auf die Ausführungen der Aufsichtsbehörde zur Haushaltssatzung und -plan 2023 vom 30.05.2023 wird verwiesen.

Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass ein Beschluss über eine Anhebung der Steuerhebesätze nach den gesetzlichen Vorschriften nur bis zum 30.06. des laufenden Jahres zulässig ist (s. VV Nr. 1.2 zu § 97 GemO).

Die Entscheidungskompetenz über die Hebesätze obliegt der jeweiligen Kommune. Ob und in welcher Höhe eine Anpassung vorgenommen wird, hängt von den spezifischen Gegebenheiten ab (z.B. Haushaltslage der Gemeinde insgesamt).

Die Berechnungsgrundlagen sind in der Anlage 1 wie folgt dargestellt:

- a) das bisherige Steueraufkommen mit den bisherigen Hebesätzen, die sich daraus ergebenden Umlagebelastungen nach den noch geltenden Nivellierungssätzen und das der Gemeinde verbleibende Steueraufkommen;
- b) im Vergleich zu a): das bisherige Steueraufkommen mit den bisherigen Hebesätzen, die sich daraus ergebenden Umlagebelastungen nach den neuen Nivellierungssätzen und das der Gemeinde (verbleibende) Steueraufkommen;
- c) das Steueraufkommen mit den Hebesätzen gesteigert in der Höhe, dass bei Anhebung der jeweiligen Nivellierungssätze, das gleiche bei der Gemeinde verbleibende Steueraufkommen wie mit den jetzigen Hebe- und Nivellierungssätzen (s. a) realisiert werden kann,
- d) bis e) das Steueraufkommen mit gesteigerten Hebesätzen und der Anhebung der jeweiligen Nivellierungssätze, die sich daraus ergebenden Umlagebelastungen nach den geltenden Nivellierungssätzen und das der Gemeinde dann verbleibende Steueraufkommen.

Beschlussvorschlag:

Nach dem Ergebnis der Beratung.

Oder

1. Die Hebesätze für die Gemeindesteuern werden rückwirkend zum 01.01.2023 an wie folgt erhöht:

a) Grundsteuer A von z.Zt. 345 v.H. auf _____ v.H.

b) Grundsteuer B von z.Zt. 410 v.H. auf _____ v.H.

c) Gewerbesteuer von z.Zt. 385 v.H. auf _____ v.H.

2. Die Hundesteuer wird rückwirkend zum 01.01.2023 an wie folgt erhöht:

- für den ersten Hund von z.Zt. 35 € auf _____ €
- für den zweiten Hund von z.Zt. 60 € auf _____ €
- für jeden weiteren Hund von z.Zt. 80 € auf _____ €

3. Die beigefügte Hebesatzung wird nach dem Ergebnis der Beratung beschlossen.

Uwe Bruchhäuser
Bürgermeister